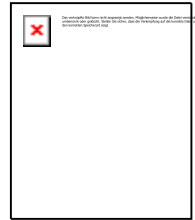


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Kreistag

Niederschrift

über die 32. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 24.02.2014 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender

Herr Christoph Schulze

(ab 18.50 Uhr – TOP 7)

Landrätin

Frau Kornelia Wehlan

Kreistagsabgeordnete

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Frau Karola Andrae

Herr Dr. Ralf von der Bank

(bis 20.25 Uhr – TOP 22)

Herr Helmut Barthel

Frau Martina Borgwardt

Frau Maritta Böttcher

(bis 19.50 Uhr – TOP 14)

Herr Thomas Czesky

Frau Gabriele Dehn

Herr Helmut Dornbusch

Herr Peter Dunkel

Herr Danny Eichelbaum

Herr Erich Ertl

Herr Dr. Manfred Georgi

Frau Katja Grassmann

Frau Dr. Margitta-Sabine Haase

Herr Dr. Rudolf Haase

Herr Bernd Habermann

Frau Carola Hartfelder

Herr Detlev von der Heide

Herr Dirk Hohlfeld

Herr Klaus Hubrig

Frau Heide Igel

Herr Wilfried Käthe

Frau Evelin Kierschk

Frau Gertrud Klatt

Herr Falk Kubitza

Herr Hermann Kühnapfel

Frau Heike Kühne

Frau Bärbel Laue

(bis 19.00 Uhr – TOP 9)

Herr Lutz Lehmann

Herr Fritz Lindner
Herr Lutz Möbus
Herr Matthias-Eberhard Nerlich
Herr Jörg Niendorf
Herr Andreas Noack
Frau Angelika Österreicher
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Frank Priefert
Frau Bärbel Redhammer-Raback
Herr Dr. Rainer Reinecke
Frau Gertraud Rocher
Herr Roland Scharp
Herr Helmut Scheibe
Herr Jens Schlösser
Frau Gabriele Schröder
Herr Wilhelm Schröter
Frau Ria von Schrötter
Herr Dirk Steinhausen
Herr Dr. Günter Stirnal
Herr Felix Thier
Herr Michael Wolny

(bis 20.15 Uhr – TOP 18)

(ab 18.10 Uhr – TOP 6)

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Herr Holger Lademann
Herr Detlef Gärtner
Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete und Dezernentin II
Beigeordneter und Dezernent III
Beigeordneter und Dezernent IV
Dezernent V

Entschuldigt fehlten:

Herr Michael Baumecker
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Herr Andreas Krüger

Unentschuldigt fehlte

Frau Christin Menzel

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Mitteilungen der Landrätin
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der 31. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 09.12.2013

- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen
- 6.1 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1746/13-KT
- 6.2 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1747/13-KT
- 6.3 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1748/13-KT
- 6.4 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1749/13-KT
- 6.5 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1750/13-KT
- 6.6 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1762/13-KT
- 6.7 Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Anzahl und zur Kostenentwicklung bei Rechtsstreitigkeiten des Landkreises 4-1777/13-KT
- 6.8 Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Personalrechtsstreitigkeiten des Landkreises Teltow-Fläming 4-1778/13-KT
- 6.9 Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank zum Verdacht auf Fördermittelbetrug des Biotechnologieunternehmens Human BioSciences GmbH (HBS) 4-1786/14-KT
- 6.10 Anfrage des Abg. Dr. Rainer Reinecke, Fraktion DIE LINKE., zur Kreisstraße 7234 4-1787/14-KT
- 6.11 Anfrage der Abg. Heide Igel, SPD Fraktion, zur Durchsetzung der Baumschutzverordnung 4-1829/14-KT
- 6.12 Anfrage des Abg. Christoph Schulze, Fraktion Grüne und Freie Wähler, zu Tempo 30 in Teltow-Fläming 4-1842/14-KT
- 6.13 Anfrage des Abg. Christoph Schulze, Fraktion Grüne und Freie Wähler, zu Baumfällmaßnahmen/Waldarbeiten im Umfeld des Flughafens Schönhagen 4-1846/14-KT
- 6.14 Nachfragen auf die ergänzende Antwort der Verwaltung zur Anfrage 4-1714/13-KT
- 7 Ausübung Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses 4-1781/13-LR/2
- 8 Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming 2014
- 8.1 Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern 4-1803/14-LR

und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen

- | | | |
|-------------|---|----------------|
| 8.2 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung/
zum Haushaltssicherungskonzept 2014 | 4-1665/13-KT/1 |
| 8.3 | Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming 2014 | 4-1706/13-I |
| 8.4 | Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming 2014 | 4-1705/13-I |
| 8.5 | Nachhaltigkeitssatzung des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1837/14-LR/1 |
| 9 | Jugendförderplan 2014 des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1744/13-V |
| 10 | Anträge | |
| 10.1 | Antrag der Fraktion Grüne und Freie Wähler
zur Förderung des Tierheims Zossen | 4-1783/13-KT |
| 10.2 | Antrag von Abgeordneten des Kreistages zur Fortschreibung
des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) 2015 - Teil Bedarfsplan
Bundesfernstraßen - Aufnahme des Baues der westlichen
Ortsumfahrung (OU) Trebbin im Zuge der B 246 in die Maßnahmenliste | 4-1791/14-KT |
| 10.3 | Antrag von Abgeordneten des Kreistages zum BER –
aktiver Lärmschutz | 4-1792/14-KT |
| 10.4 | Antrag von Abgeordneten des Kreistages
zur Heraufstufung der Osdorfer Straße zur Landesstraße | 4-1793/14-KT |
| 11 | Benennung der Mitglieder des Kreissenorenbeirates | 4-1789/14-LR |
| 12 | Zukunft des Flughafenberatungszentrums | |
| 12.1 | Zukunft des Flughafenberatungszentrums | 4-1832/14-IV |
| 13 | Einbringung Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit
der Kreisverwaltung Teltow-Fläming im Jahr 2013 | 4-1811/14-KT |
| 14 | Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung
im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2014 bis 2017 | 4-1758/13-V/1 |
| 15 | Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises
Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018 | 4-1801/14-LR |
| 16 | Jahresabschluss 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb
Landkreis Teltow-Fläming | 4-1680/13-III |
| 17 | Vergabeberichte 2012/2013 | 4-1839/14-IV |
| 18 | Entgeltfreies Übernahmeangebot des Ministeriums der Finanzen
zu den Gewässerflächen Mellensee, Krummer See und
Motzener See an den Landkreis und den betroffenen Gemeinden | 4-1830/14-III |
| 19 | Information über drei KT-Beschlüsse zur Baumaßnahme
"Touristischer Verbindungsweg Zesch am See - Egsdorf" | 4-1802/14-IV |

- | | | |
|-----------|--|---------------|
| 20 | Satzung des Jugendamtes | 4-1742/13-V/1 |
| 21 | Information zum aktuellen Stand des Klageverfahrens gegen das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, wegen der Rückforderung einer Zuweisung nach § 15 Satz 2 BbgFAG vom 29.06.2004 i.V.m. SoBEZ vom 30.05.2005 in der Fassung vom 18. Mai 2007 | 4-1812/14-II |
| 22 | Finanzielle Mittel für die Fraktionen im Jahr 2014 | 4-1763/13-KT |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----------|-------------------------------------|-------------|
| 23 | Drucker- und Kopiererkonsolidierung | 4-1822/14-I |
|-----------|-------------------------------------|-------------|

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Abg. Böttcher, stellv. Vorsitzende des Kreistages, begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einberufung der Sitzung des Kreistages fest.

Zur Tagesordnung gibt sie bekannt, dass der TOP 8.2 entfällt, da die CDU-Fraktion den Antrag zur Haushaltssatzung (4-1665/13-KT/1) in der Sitzung des HFA am 17.2.2014 zurückgenommen hat. Sie informiert, dass zusätzlich zwei Anfragen des Abg. Schulze zu Tempo 30 in TF und zu Baumfällmaßnahmen in Schönhagen auf den Tischen liegen und diese unter TOP 6.12 und 6.13 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Des Weiteren gibt sie bekannt, dass zusätzlich die ergänzende Antwort der Verwaltung auf die Anfrage des Abg. von der Bank (4-1714/13-KT) zu Gewerbesteuererinnahmen im Kreisgebiet auf den Tischen liegt und unter TOP 6.14 Nachfragen gestellt werden können.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die stellv. Vorsitzende informiert, dass der Vorsitzende des Kreistages aufgrund einer Beratung in Potsdam später eintreffen wird.

TOP 2

Mitteilungen des Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 3

Mitteilungen der Landrätin

Frau Landrätin Wehlan informiert zum Sachstand des Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche-Zossener Heide“. Gegenwärtig werden behördliche Verwaltungstermine mit der Firma Öcotec, der Bürgerinitiative und der Forst durchgeführt und eine Vorlage für den

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt am 27. März 2014 sowie für den Kreistag April 2014 vorbereitet.

Weiterhin informiert sie, dass sich der Landkreis an einem deutsch-polnischen Kunstprojekt beteiligen wird. Begleitend dazu wird am 4. Mai 2014 in Gniezno eine populärwissenschaftliche Konferenz stattfinden. Der Beitrag des Landkreises Teltow-Fläming besteht in ideeller und inhaltlicher Unterstützung.

Des Weiteren informiert sie zum Restabschnitt der B 101. Ziel des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft ist, noch im I. Quartal dieses Jahres den Planfeststellungsbeschluss zu erlassen. Im Jahr 2014 sollen bauvorbereitende Maßnahmen laufen, sodass im Jahr 2015 gebaut werden kann.

Frau Landrätin Wehlan informiert zur „Tankkartenaffäre“, dass sich die Verwaltung Anfang des Jahres an die Staatsanwaltschaft gewandt hatte. Es wurde die Auskunft erteilt, dass die strafrechtlichen Ermittlungen andauern. Sie gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass eine Dienstanweisung zur Nutzung der Dienstfahrzeuge aus dem Fuhrpark der Kreisverwaltung gegenwärtig mit dem Personalrat beraten wird.

Weiterhin informiert sie über den „Teltow-Fläming-Tag“ in Doberlug-Kirchhain am 12. Juli 2014, an dem sich der Landkreis beteiligt. Dieser findet anlässlich der 1. Brandenburgischen Landesausstellung unter dem Titel Preußen und Sachsen – Szenen einer Nachbarschaft“ vom 7. Juni bis 2. November 2014 statt. Veranstalter ist der Landkreis Elbe-Elster.

TOP 4

Einwendungen gegen die Niederschrift der 31. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 09.12.2013

Frau Abg. Andrae verweist darauf, dass die Verwaltung zugesichert hatte – nachzulesen in der Niederschrift des Kreistages auf Seite 19 – dass die Abgeordneten darüber informiert werden, auf welcher Grundlage der Landkreis Potsdam-Mittelmark Gebühren für Schwerlasttransporte auf Kreisstraßen und Brücken erhebt. Die Antwort liegt jedoch noch nicht vor.

Herr Gärtner, Beigeordneter und Dezernent IV, entschuldigt sich für das Versehen und sichert zu, dass die Antwort nachgereicht wird.

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 5

Einwohnerfragestunde

Die stellv. Vorsitzende des Kreistages gibt die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde bekannt.

Herr Lutz Haenicke, Zossen, macht darauf aufmerksam, dass er die Fragen zur Firma Human BioSciences bereits im HFA am 3. Februar 2014 gestellt hatte. Hier konnte er keine Antwort erhalten und er wurde gebeten, diese Fragen im Kreistag zu stellen.

Er bittet um Auskunft ob und gegebenenfalls welche Rolle der ehemalige Landrat, der Kreistag bzw. der Landkreis bei der Ansiedlung, der Finanzierung und/oder der Förderung des Unternehmens gespielt hat. Des Weiteren fragt er, welche Rolle der in der Presse benannte Initiator Manoj K. Jain gespielt hat und ob die Beantragung von Fördermitteln von diesem ausging. Des Weiteren möchte er wissen, ob Leumund-Informationen vor der Gewährung der Fördermittel seitens des Landkreises bzw. des Fördermittelgebers eingeholt wurden und mit welchen Folgen. Zudem fragt er, ob es bekannt ist, welcher ideologischen Ethik sich die indische Sekte/Religionsabspaltung der Jaina verpflichtet fühlt.

Herr Haenicke fragt zum Kreishauskauf nach, ob in der Vergangenheit davon ausgegangen wurde, dass Leasing billiger sei als Kauf und ob die heutige Entscheidung besser fundiert ist. (Herr Haenicke übergibt seine Fragen schriftlich an die stellv. Vorsitzende des Kreistages.)

Frau Landrätin Wehlan sichert zum ersten Fragenkomplex eine schriftliche Beantwortung zu. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die heute vorliegende Anfrage des Abg. Dr. von der Bank zu dieser Thematik und auf die entsprechende Antwort der Verwaltung. Zum Sachverhalt Kreishauskauf führt sie aus, dass die Entscheidung zum Leasingvertrag im Kreistag getroffen wurde. Zur Argumentation, die damals zu dieser Entscheidung geführt hat, kann sie Herrn Haenicke, wenn gewünscht, den damaligen Beschluss zur Kenntnis geben. Sie denkt jedoch, dass der Blick nach vorn gerichtet werden sollte. Die Entscheidung über den Erwerb des Kreishauses wird der Kreistag heute treffen.

Die stellv. Vorsitzende des Kreistages informiert, dass eine schriftliche Anfrage von Herrn Andreas Igel, Ludwigsfelde, zur Baumschutzverordnung vorliegt.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass sie als Einreicherin der Vorlage zur Baumschutzverordnung den Runderlass des Innenministeriums in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 nicht ignoriert hat. Einen Verstoß gegen den in § 69 Abs. 1 Nr. 1 BbgKVerf verankerten Grundsatz sieht sie nicht. Der Erlass der Verordnung stellt keine Leistung von Aufwendungen und Auszahlungen oder ein Eingehen von Verpflichtungen im Sinne dieser Vorschrift dar. Der Landkreis nimmt mit dem Erlass der Baumschutzverordnung als Rechtsverordnung in seiner Eigenschaft als untere Naturschutzbehörde eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahr. Die erlassene Verordnung bewirkt keine neuen Aufwendungen gegenüber den vorangegangenen Jahren.

Zur Frage, warum sie als Landrätin den rechtswidrigen Beschluss des Kreistages nicht beanstandet hat, gibt sie bekannt, dass sie den Beschluss des Kreistages vom 18. Dezember 2013 nicht für rechtswidrig hält.

Zur Frage, wie sie gedenkt, den Verstoß gegen geltendes Landesrecht zu heilen, führt sie aus, dass sie keinen Verstoß sieht.

Herr Abg. Hohlfeld weist darauf hin, dass er Herrn Haenicke darum gebeten hatte, seine Fragen schriftlich beim HFA einzureichen, was er bis heute nicht getan hat.

Herr Andreas Igel bittet um schriftliche Antwort, wie viele Mitarbeiter im letzten Haushaltsjahr in der Kreisverwaltung extern eingestellt wurden, getrennt nach den einzelnen Aufgaben.

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass diese Frage im Arbeitskreis Personal und Verwaltungsstruktur im Vorfeld der Haushaltsberatungen beantwortet wurde. Herr Igel erhält die Antwort schriftlich.

TOP 6 **Anfragen**

TOP 6.1 **Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1746/13-KT**

Es liegen keine Nachfragen vor.

TOP 6.2

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1747/13-KT

Es liegen keine Nachfragen vor.

TOP 6.3

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1748/13-KT

Es liegen keine Nachfragen vor.

TOP 6.4

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1749/13-KT

Es liegen keine Nachfragen vor.

TOP 6.5

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1750/13-KT

Es liegen keine Nachfragen vor.

TOP 6.6

Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1762/13-KT

Es liegen keine Nachfragen vor.

Herr Abg. Dr. Reinecke bedankt sich an dieser Stelle bei der Verwaltung für die Antworten auf Anfragen der Abgeordneten, die stets sachkundig und kompetent sind.

Frau Abg. Andrae fragt nach, wie Teile aus der Beantwortung auf die Anfrage, die den Angeordneten zugesandt wurde, bereits schon vor vier Wochen Gegenstand einer Wahlkampfveranstaltung gewesen sein können.

Die Frage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.7

Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Anzahl und zur Kostenentwicklung bei Rechtsstreitigkeiten des Landkreises (4-1777/13-KT)

Die schriftliche Antwort der Verwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 6.8

Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Personalrechtsstreitigkeiten des Landkreises Teltow-Fläming (4-1778/13-KT)

Die schriftliche Antwort der Verwaltung liegt vor. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 6.9

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank zum Verdacht auf Fördermittelbetrug des Biotechnologieunternehmens Human BioSciences GmbH (HBS) (4-1786/14-KT)

Die schriftliche Antwort der Verwaltung liegt vor. Die stellv. Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass auf den Tischen eine im Wortlaut geänderte Antwort zur Frage 7 liegt.

(Anmerkung: Der Wortlaut ist nach der KT-Sitzung in die Antwort der Kreisverwaltung eingearbeitet worden.)

TOP 6.10

Anfrage des Abg. Dr. Rainer Reinecke, Fraktion DIE LINKE., zur Kreisstraße 7234 (4-1787/14-KT)

Eine Anlage zur schriftlichen Antwort der Verwaltungsleitung (Protokoll vom Ortstermin am 9.10.2013 in Zossen) liegt auf den Tischen.

Frau Abg. Andrae ist bekannt geworden ist, dass diese Straße deshalb Kreisstraße geworden ist, weil sie Umleitungsstrecke für die Autobahn von Rangsdorf nach Ludwigsfelde war. Dies kann sie aus dem Protokoll jedoch nicht erkennen. Sie fragt, ob dies nicht mehr aktuell ist und möchte wissen, ob der Verkehr dann über Großbeeren rollt.

Herr Gärtner, Beigeordneter und Dezernent, hat keine Kenntnis darüber, dass es sich um eine offizielle Umleitungsstrecke handelt. Das müsste er recherchieren. Die Antwort dazu wird nachgereicht.

TOP 6.11

Anfrage der Abg. Heide Igel, SPD Fraktion, zur Durchsetzung der Baumschutzverordnung (4-1829/14-KT)

Frau Abg. Igel merkt vorab an, dass die Baumschutzverordnung des Landes nicht mehr gilt, auch nicht in Landkreisen ohne Baumschutzverordnung. Sie fragt die Kreisverwaltung, wie sich ein Bürger darüber informieren muss, was erlaubt oder verboten ist, wenn er innerhalb Brandenburgs, eines anderen Bundeslandes oder im Ausland mit dem Kfz unterwegs ist. Sie fragt, warum z.B. Tempolimits in Alleen aufgestellt werden, wenn sich der Bürger selbst informieren kann. Sie möchte wissen, ob die Baumschutzverordnung nur dann durchgesetzt werden soll, wenn Anträge gestellt werden. Sie weist darauf hin, dass das Abstellen von Kfz unter geschützten Bäumen nicht kontrolliert wird. Ihrer Beurteilung nach nehmen die Bäume dadurch keinen Schaden. Sie fragt die Verwaltung, ob der Schutz von Bäumen nur auf dem Papier steht oder ob er wirklich durchgesetzt werden soll.

Frau Landrätin Wehlan führt an, dass die Verwaltung die Baumschutzverordnung und die Fragen von Frau Igel ernst nimmt und sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

TOP 6.12

Anfrage des Abg. Christoph Schulze, Fraktion Grüne und Freie Wähler, zu Tempo 30 in Teltow-Fläming (4-1842/14-KT)

Die schriftliche Antwort der Verwaltung liegt vor. Es gibt heute keine Nachfragen.

TOP 6.13

Anfrage des Abg. Christoph Schulze, Fraktion Grüne und Freie Wähler, zu Baumfällmaßnahmen/Waldarbeiten im Umfeld des Flughafens Schönhagen (4-1846/14-KT)

Die schriftliche Antwort der Verwaltung liegt vor. Es gibt heute keine Nachfragen.

TOP 6.14

Nachfragen auf die ergänzende Antwort der Verwaltung zur Anfrage 4-1714/13-KT

Die schriftliche Antwort der Verwaltung auf die ergänzende Nachfrage des Abg. Dr. von der Bank liegt vor.

Frau Abg. Grassmann bittet, dass bei den Rückflüssen an die Gemeinden die Auszahlungen für die Kindertagesbetreuung herausgerechnet werden, da diese direkt an die Freien Träger gehen. Zu den Rückflüssen im Jahr 2012 an die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow fragt sie nach, ob in dieser Summe auch die 3,3 Mio. € beinhaltet sind, die der Kreis 2012 aufgrund der sog. Kita-Klage zurückbekommen hat.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass die Frage in Übereinstimmung mit dem Fragesteller beantwortet wurde, sodass mit den Zahlen belastbar umgegangen werden kann. Die Antwort zu Blankenfelde-Mahlow wird nach entsprechender Prüfung nachgereicht.

TOP 7

Ausübung Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses (4-1781/13-LR/2)

Frau Landrätin Wehlan bittet darum, zu den haushaltsrelevanten Punkten 7 und 8 der Tagesordnung Stellung nehmen zu dürfen.

In ihren Ausführungen nimmt Frau Landrätin Wehlan Stellung zu den Hinweisen, die durch das Innenministerium gegeben wurden, um das Haushaltssicherungskonzept genehmigungsfähig zu gestalten. Sie macht deutlich, dass die Beschlussvorlage zur Ausübung der Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses und die damit verbundene Ablösung des Leasingvertrages die größte Konsolidierungsmaßnahme für den Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming in den nächsten Jahren ist. Deshalb stehen Haushaltssicherungskonzept und Ablösung der Leasingrate durch eine Kreditaufnahme in einem unmittelbaren Zusammenhang. Bis zum Haushaltsjahr 2017 können dadurch ein Konsolidierungsbeitrag von insgesamt 8.358.502 € und eine finanzielle Entlastung von 2.413.731 € gegenüber dem Bezugsjahr 2013 erreicht werden.

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass seitens des Innenministeriums detaillierte und deutliche Hinweise zur weiteren Qualifizierung des Haushaltssicherungskonzeptes, zu dessen Genehmigungsfähigkeit und einer etwaigen Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung gegeben wurden.

Zum Erwerb des Kreishauses wurde der Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Investitionsmaßnahme unter Einbeziehung der Transaktionskosten, einer ggf. zu zahlenden Grunderwerbssteuer und der Finanzierungskosten gefordert.

Notwendig zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzepts ist des Weiteren die Festsetzung eines konkreten Zeitrahmens für den gesetzlichen Haushaltsausgleich. Im Haushaltssicherungskonzept wird nur der Zeitraum von 2014 bis zum Jahr 2017 betrachtet. In dieser Zeit wird der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht. Nicht möglich bis zum Ende dieses Betrachtungszeitraumes ist ein Abbau der Fehlbeträge aus Vorjahren. Ziel ist es, den gesetzlichen Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2022 zu erreichen. Frau Landrätin Wehlan erläutert, wie der Konsolidierungszeitraum ermittelt wurde.

Sie stellt dar, dass In den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 durchschnittlich Überschüsse im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4.085.765 € unter Berücksichtigung des Konsolidierungsbeitrages aus dem Erwerb des Kreishauses erzielt werden. Die im Haushaltssicherungskonzept 2014 festgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entfalten ihre Wirkung nicht nur im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung 2014 bis 2017 sondern auch danach. Bei vorsichtiger Schätzung wird davon ausgegangen, dass allein durch den Erwerb des Kreishauses ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 2.300.000 € erreicht werden kann.

Zum Ergebnishaushalt führt Frau Landrätin Wehlan aus, dass - laut den in den Haushaltsdokumenten ausgewiesenen positiven Veränderungen der Zahlungsmittelbestände in den Jahren 2014 bis 2017 - der in Anspruch genommene Kassenkreditrahmen bis 2017 um über 10 Millionen € auf 23.014.831,97 € abgebaut werden soll.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass über die jährlichen Haushaltsentscheidungen Eingriffe in grundsätzlich getroffene Maßnahmen möglich sind. Es hätte jedoch gravierende Auswirkungen auf die Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs, wenn beispielsweise vom Abbau des Fehlbetrages abgegangen oder die Kreisumlage verringert wird. Deshalb hat das Innenministerium empfohlen, zu beiden Sachverhalten einen gesonderten Kreistagsbeschluss herbeizuführen. Dem wird die heute zu beschließende Nachhaltigkeitssatzung, die durch die CDU-Fraktion angeregt wurde, gerecht. Beide vorgenannte Themen, wie auch Regelungen zum Kassenkredit, zu den Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts und zur Kreditaufnahme für Investitionen sollen in einen Selbstbindungsbeschluss des Kreistages aufgenommen werden.

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass die Genehmigung des Haushaltes 2012 mit der Auflage des Innenministeriums zur Begrenzung der freiwilligen Leistungen auf höchstens 2,5 Prozent der ordentlichen Erträge erfolgte, ohne Wohngeldeinsparung, Kosten der Unterkunft und SonderBundesergänzungszuweisungen. Eine Gegenüberstellung der freiwilligen Leistungen des Haushaltssicherungskonzepts 2012 zu 2014 und eine Bewertung zu den Aussagen im PWC-Gutachten ist im Haushaltssicherungskonzept zu finden. Das Gesamtvolumen der freiwilligen Leistungen wurde von 2012 zu 2014 um 2 Millionen € konsolidiert. Um die Auflage des Innenministeriums zu erfüllen, müssen die freiwilligen Leistungen im Jahr 2014 noch um weitere 1.149.361,75 € verringert werden. Das wurde noch nicht erreicht. Mit den weiteren Prüfaufträgen, wie beispielsweise zur Zusammenlegung der Kreisvolkshochschule und des Kreismedienzentrums am Standort Dessauer Straße in Luckenwalde sowie der Verlagerung der Neuen Galerie von Zossen und der Verlagerung des Standortes „Zinnaer Vorstadt“ der Kreismusikschule, ist der Weg zur Aufgabenkritik und Konsolidierung erkennbar.

Frau Landrätin Wehlan verweist auf die Sparkassenausschüttungen für die Bereiche Soziales, Bildung, Sport und Kultur, wodurch eigene Mittel eingespart werden konnten. Sie macht deutlich, dass zukünftig über diesen Weg das über alle Fraktionen formulierte Ziel gesichert werden kann, diese wichtigen Aufgaben nicht einem „Streichkonzert“ zum Opfer fallen zu lassen.

Ein weiterer Hinweis des Innenministeriums betraf die noch stärkere Ausrichtung der Konsolidierungsmaßnahmen am Konsolidierungsbedarf. Das sollte durch Kürzung der

ordentlichen Aufwendungen im Rahmen der Haushaltsdurchführung um mindestens 0,5 Prozent erfolgen. Im vorliegenden Haushalt wurde ein zusätzliches Einsparsoll von 0,5 Prozent aufgenommen mit einer Höhe von insgesamt 1.043.083 €.

Eine weitere Forderung des Innenministeriums betraf die dezidierte Darlegung des Sachstandes bei der Personalentwicklungskonzeption und der Stellenbedarfsplanung in Verbindung mit notwendigen Strukturveränderungen und Aussagen zum Umsetzungsstand des PWC-Gutachtens. Im Haushaltssicherungskonzept wurde der Zeitplan offen gelegt und eine Strategie zur Umsetzung dargestellt, so u.a. mit Hilfe einer Arbeitsgruppe, des Erfahrungsaustausches mit dem Landkreis Spree-Neiße und dem Dialog mit Führungskräften, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Personalvertretung.

Frau Landrätin Wehlan macht deutlich, dass die zur Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsdokumente gegenüber den Ursprungsdokumenten vom 9. Dezember 2013 zu einer Verbesserung des Ergebnishaushaltes bis zum Jahr 2017 um 8.985.120 Mio. Euro und des Finanzhaushaltes um 3.256.985 Mio. Euro führen. In den Jahren 2014 bis 2017 wird insgesamt ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis von über 16 Mio. Euro erwirtschaftet. Darüber hinaus werden in den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 Fehlbedarfe in Höhe von 8,2 Mio. Euro konsolidiert, sodass das Konsolidierungspotential bei insgesamt 24,2 Mio. Euro liegt.

Abschließend dankt Frau Landrätin Wehlan den Beschäftigten der Kreisverwaltung, der Verwaltungsleitung sowie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für ihr engagiertes Mitwirken. Sie dankt darüber hinaus auch den Abgeordneten und Fraktionen, die bereits bei der Haushaltsaufstellung 2013 mit ihren Anträgen viele Signale der Schwerpunktsetzung gegeben haben. Frau Landrätin Wehlan bittet um Zustimmung zur Ausübung der Kaufoption Erwerb des Kreishauses, zum Haushaltssicherungskonzept, zur Haushaltssatzung und zur Nachhaltigkeitssatzung.

Herr Abg. Hohlfeld, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA), informiert, dass der HFA in seiner Sitzung am 13. Januar 2014 mehrheitlich der Vorlage zum Erwerb des Kreishauses mit einer Kreditlaufzeit von 20 Jahren zugestimmt hatte. Dabei war dem HFA bewusst, dass diese Option den Kreis mit insgesamt 2,8 Mio. € gegenüber einer zehnjährigen Laufzeit belasten würde. Für den HFA stand die Verbesserung der Liquidität des Kreishaushaltes im Vordergrund. In der weiteren Qualifizierung der Vorlage wurden die Transaktionskosten einbezogen und es gab rechtlich keine Gründe mehr für die Zahlung der Grunderwerbssteuer. Deshalb wurde durch das Innenministerium auf die Barwertmethode abgestellt, welche in der überarbeiteten Vorlage zu einer zehnjährigen Zinslaufzeit führt. Gegenüber dem Leasingvertrag können damit bis zum Jahr 2017 im Ergebnishaushalt rund 8,3 Mio. € und im Finanzhaushalt 2,4 Mio. € eingespart werden. Der HFA empfiehlt die Ausübung der Kaufoption und die Einstellung in die Haushaltssatzung. Die vorliegende Nachhaltigkeitssatzung wird durch den HFA zur Annahme empfohlen. Es wird darauf hingewiesen, dass im § 3 Abs. 1 eine sprachliche Korrektur vorzunehmen ist. Richtig muss der Satz lauten: „Der beschlossene Kassenkreditrahmen soll in seiner Inanspruchnahme im Quartal im Durchschnitt um 10 % reduziert werden.“

Herr Abg. Eichelbaum, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion TF, macht deutlich, dass nach den Schuldenhaushalten der letzten Jahre der vorgelegte Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept 2014 erstmals in die richtige Richtung weisen. Er zollt der Landrätin Respekt und Anerkennung für die Leistung – insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass der zuständige Finanzdezernent und die Kämmerin für die Überarbeitung der Haushaltsdokumente nicht zur Verfügung standen. Er bedankt sich im Namen der Fraktion bei der Verwaltung für die offen und transparent geführte Haushaltsdiskussion mit den Abgeordneten.

Ob die vorgesehenen Maßnahmen tatsächlich ausreichen werden, um die Altfehlbeträge abzubauen und wie geplant den Haushaltsausgleich zu erreichen, ist ungewiss. Dafür sind auch andere Faktoren ausschlaggebend, wie die gleichbleibende Einnahmesituation, die stark von der wirtschaftlichen Entwicklung im Landkreis abhängt. Herr Abg. Eichelbaum weist darauf hin, dass neben den äußeren Faktoren, die zu betrachten sind, auch die Solidarität in der kommunalen Familie notwendig ist. Die Kommunen müssen mittelfristig bei der Kreisumlage entlastet werden, damit auch vor Ort finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Voraussetzung dafür ist die umfassende Sanierung des Haushaltes. Als problematisch wird deshalb die Erhöhung der Kassenkredite gesehen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Oberhavel, Havelland und Dahme-Spreewald gänzlich ohne Kassenkredite auskommen. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 14,6 Mio. € auf 15,9 Mio. € in diesem Jahr steigen sollen. Die Fraktion fordert die Kreisverwaltung auf, die fehlenden Jahresrechnungen bis September 2014 vorzulegen.

Als weitere Mittel zur Haushaltskonsolidierung sieht die Fraktion eine Umstrukturierung innerhalb der Kreisverwaltung, die Reduzierung der kreiseigenen Gesellschaften, die Reduzierung der Kosten für die Fahrzeugbeschaffung und Unterhaltung, die Reduzierung von Standards bei der Aufgabenerfüllung von Pflichtaufgaben, die Reduzierung der Zuschüsse für das Museumsdorf Glashütte und für die Produktionsschule in Ludwigsfelde sowie den Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden und benachbarten Landkreisen.

Die Fraktion befürwortet die vorliegenden Haushaltsdokumente.

(Herr Abg. Schlösser nimmt an der Sitzung teil.)

Herr Hans-Jürgen Akuloff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass mit dem vorgelegten Haushalt die Finanzpolitik an der Schwelle grundlegender Veränderungen steht. Es wurden damit neue Konsequenzen und Handlungsspielräume für die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises geschaffen. Erstmals wurden bei der Vorbereitung der Dokumente auch die Interessenlagen der Städte und Gemeinden zusammengeführt.

Herr Abg. Akuloff mahnt einen selbstkritischen Blick an, um Wiederholungen in der Entwicklung kameraler Fehlbeträge zu vermeiden, da alle Kreditaufnahmen und Investitionen sowie Gesellschaftsgründungen ihre mehrheitliche Beschlussgrundlage im Kreistag hatten. Das erhöht die fraktionsübergreifende Verantwortung für den aktuellen Haushalt und damit für die Politikfähigkeit des Kreistages selbst. Die ergänzenden Anmerkungen der Fraktion betreffen die Teilbereiche Investition und Kreisentwicklungsziele sowie Gebührensatzungen. Von Bedeutung für die Entwicklung im Süden ist die Einflussnahme auf die Bauausführung der Ortsumfahrung Thyrow der B 101n und den damit verbundenen Finanzierungsbedarf. Im Zusammenhang mit den kreislichen Gesellschaften erwartet die Fraktion den Abschluss der Zielvereinbarungen für 2014 möglichst noch in dieser Wahlperiode des Kreistages. Bei den angekündigten Überprüfungen der Gebührensatzungen wird die Auffassung vertreten, dass bei Erhöhungen soziale Aspekte neu oder weiter berücksichtigt werden müssen. Bei der Senkung der ordentlichen Verwaltungsaufwendungen um 0,5 % wird vorgeschlagen, in den Fraktionen darüber zu beraten, in welcher Höhe die Inanspruchnahme der Fraktionsmittel reduziert werden und eine veränderte Entschädigungssatzung auf den Weg gebracht werden kann.

Die Fraktion befürwortet die vorliegenden Haushaltsdokumente.

Herr Abg. Barthel, Vorsitzender der Fraktion SPD, stimmt mit seinen Vorrednern dahingehend überein, dass es noch nie in den letzten fünf Jahren so ein hohes Maß an Bereitschaft der Verwaltung gab, mit den Abgeordneten und auch mit den Bürgermeistern ins Gespräch zu kommen, Planansätze zu erläutern und Nachfragen zeitnah zu beantworten. Dafür dankt die Fraktion der Landrätin und den Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Begrüßt wird, dass das Haushaltssicherungskonzept eine neue Qualität

hat. Die Fraktion unterstützt die Entscheidung zum Kauf des Kreishauses, da damit ein dauerhafter Konsolidierungsbeitrag geleistet wird.

Herr Abg. Barthel führt an, dass die Ausgaben jedoch insgesamt gewachsen sind. Ein Konsolidierungspotenzial wird hier insbesondere bei den Personalkosten gesehen, so wie es auch im PWC-Gutachten angeführt ist. Er weist darauf hin, dass es im Haushalt Stellen gibt, die auch dazu zwingen, den realistischen Blick nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Fraktion erteilt den vorliegenden Dokumenten Zustimmung.

Herr Abg. Dr. von der Bank, fraktionslos, führt aus, dass für ihn im Mittelpunkt steht, dass im Haushaltsjahr 2014 ein positives Saldo von 3,9 Mio. € erwartet werden kann. Auch die Festlegung des Hebesatzes der Kreisumlage ist im Vergleich zu anderen Landkreisen als positiv zu werten. Er stellt fest, dass sich die Sanierungsanstrengungen bezüglich der SWFG gelohnt haben und ein richtiger Weg beschritten wird. Bezüglich der Darstellung der Entwicklung der Planstellen bis zum Jahr 2021 regt er an, Möglichkeiten der weiteren Effizienzsteigerung zu prüfen. Mit Besorgnis sieht er die Verschlechterung des Ergebnisses bei der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming, was sicher auf die Einrichtung der Linie 600 zurückzuführen ist.

Da sich im Ausblick insgesamt ein positiveres Bild ergibt, hält es Herr Abg. Dr. von der Bank als angemessen, den vorliegenden Dokumenten zuzustimmen.

Frau Abg. Andrae, Mitglied der Fraktion VF, führt aus, dass sie eine Kreditlaufzeit von 10 Jahren für den Erwerb des Kreishauses nicht befürwortet. Sie weist darauf hin, dass im Jahr 2017 die Stadt Zossen mit ihrer neuen Gesamtschule fertig sein wird und dann möglicherweise eine halbe Million Euro im Haushalt fehlen wird. Des Weiteren wird zukünftig weiter über die Höhe der Kreisumlage nachzudenken sein, um den Kommunen einen finanziellen Spielraum zu lassen. Frau Abg. Andrae führt an, dass sie dem Haushalt 2014 zustimmen wird.

Herr Abg. Kühnapfel, Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion TF, macht deutlich, dass es einen großen Fortschritt in der Haushaltsdiskussion und Qualität der eingebrachten Unterlagen zum Haushalt gegenüber den Vorjahren gibt. Dafür dankt er der Landrätin. In der kurzen Zeit war es jedoch nicht möglich, eine komplette Konsolidierung im Haushalt darzustellen. Deshalb bittet er die Landrätin und die Verwaltung, weiter daran zu arbeiten.

Zum Kauf des Kreishauses vertritt er eine andere Auffassung als Frau Abg. Andrae. Mit einer Finanzierung über 10 Jahre wird einschließlich der Zahlung der Leasingraten über bisher 15 Jahre ein Zeitraum von insgesamt 25 Jahren erreicht. Bei einer Verlängerung auf 20 Jahre Laufzeit für die Kredit-Finanzierung sind durch den Landkreis etwa 3 Mio. € mehr zu zahlen. Deshalb plädiert seine Fraktion für eine Kreditlaufzeit von 10 Jahren.

Zur Umlage an die Kommunen ist er froh, dass eine diskutierte Erhöhung nicht vorgesehen ist und es bei einer Kreisumlage von 47% bleibt.

(Herr Abg. Schulze nimmt an der Sitzung teil.)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag Teltow-Fläming beschließt, das Ankaufsrecht gemäß § 2 des Ankaufsrechtsvertrages vom 19. März 1998 auszuüben und das Erbbaurecht und seine wesentlichen Bestandteile (Kreishaus) nach Ablauf des 15. Mietjahres von der RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG zu erwerben.

Die Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming wird beauftragt, der RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG das Verlangen auf Ausübung der Kaufoption sechs Monate vor Ablauf des 15. Mietjahres mitzuteilen, den Entwurf des Erbbaurechtskaufvertrages vorzubereiten und dem Kreistag zur

Beschlussfassung vorzulegen und den für den Erwerb erforderlichen Gesamtbetrag der Kredite mit einer Laufzeit von 10 Jahren in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014 mit den entsprechenden Auswirkungen einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

TOP 8

Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming 2014

TOP 8.1

Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen aus den Beratungen der Arbeitskreise mit den Bürgermeistern und aus darüber hinaus gehenden Besprechungen

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 8.2

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung/zum Haushaltssicherungskonzept 2014

(4-1665/13-KT/1)

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 8.3

Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming 2014(4-1706/13-I)

Der Kreistag beschließt:

das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2014.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

TOP 8.4

Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming 2014

(4-1705/13-I)

Die stellv. Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass keine Einwendungen der kreisangehörigen Gemeinden gegen den Entwurf der Haushaltssatzung eingegangen sind.

Der Kreistag beschließt:

die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

TOP 8.5

Nachhaltigkeitssatzung des Landkreises Teltow-Fläming

(4-1837/14-LR/1)

Die stellv. Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass auf den Tischen eine veränderte Vorlage liegt.

Der Kreistag beschließt:

die Nachhaltigkeitssatzung des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

TOP 9

Jugendförderplan 2014 des Landkreises Teltow-Fläming

(4-1744/13-V)

Frau Abg. Igel, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, gibt bekannt, dass der Ausschuss dem Kreistag die Annahme des Jugendförderplanes empfohlen hat.

Der Kreistag beschließt:

den Jugendförderplan 2014 des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(Frau Abg. Laue verlässt die Sitzung.)

TOP 10

Anträge

TOP 10.1

Antrag der Fraktion Grüne und Freie Wähler zur Förderung des Tierheims Zossen

(4-1783/13-KT)

Herr Abg. Schulze begründet den Antrag.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete und Dezernentin II, weist darauf hin, dass es die Verwaltung grundsätzlich unterstützt, dass Tierschutzvereine besser ausfinanziert sind. Es ist bekannt, dass alle Tierheime im Landkreis finanzielle Nöte haben. Sie führt an, dass durch Kreistagsbeschluss dann auch alle anderen Heime Unterstützung erfahren müssten. Aus fachlicher Sicht sieht sie die Kompetenz weniger beim Kreis als beim Land, da das Tierschutzziel in der Brandenburger Landesverfassung enthalten ist. Sie informiert, dass der Landkreis jährlich durchschnittlich 20 T€ für den Tierschutz ausgibt. Zum Tierheim in Zossen informiert sie, dass dieses bei den Ausschüttungen von Lottomitteln großzügig bedacht wird. Auf kreislicher Ebene werden wenig Handlungsansätze für eine Unterstützung gesehen.

Herr Abg. Barthel bittet darum, den Antrag in die Ausschüsse zur Vorberatung zu überweisen.

Herr Abg. Dr. Reinecke stellt dar, dass sich das Tierheim Zossen in einer existenzbedrohenden finanziellen Situation befindet. Er weist darauf hin, dass der Kreistag einen Beschluss fassen müsste, der die Situation aller neun Tierheime im Landkreis berücksichtigt. Er merkt an, dass der vorliegende Antrag außer den Hinweisen auf rechtliche und moralische Pflicht der Kommunen keine Aussage zur Art der zu leistenden Unterstützung enthält. Er vermutet, dass mit dem vorliegenden Antrag Kommunalwahlkampf geführt werden soll. Aus sachlicher und fachlicher Sicht muss der Antrag abgelehnt werden. Er spricht sich daher auch für eine Überweisung in die Ausschüsse aus.

Herr Abg. Schulze merkt an, dass der Antrag inhaltlich darauf abstellt, Lösungen für das Problem zu finden. Deshalb sind keine Vorgaben enthalten. Zum Verweis auf die Lotto-Mittel führt er aus, dass diese nur für Investitionen eingesetzt werden dürfen. Er appelliert daran, sich dieser Problematik zuwenden. Beschluss des Kreistages könnte auch sein, die Landrätin aufzufordern, Mittel und Maßnahmen zur Förderung der Tierheime im Landkreis Teltow-Fläming zu ergreifen, da Tierschutz ein Grundgesetzauftrag ist. Er stimmt einer Überweisung des Antrages in die Fachausschüsse zu, um eine Lösung zu finden.

Die stellv. Vorsitzende des Kreistages fragt nach, in welchen Ausschuss der Antrag überwiesen werden soll.

Herr Abg. Schulze schlägt den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt sowie den HFA vor. Er weist zusätzlich darauf hin, dass evtl. MBS-Spendenmittel eingesetzt werden könnten.

Frau Landrätin Wehlan stellt klar, dass für den Einsatz von MBS-Mitteln insbesondere die Bereiche Bildung, Kultur, Sport, Mobilität und Gesundheit im Vordergrund stehen. Sie macht nochmals deutlich, dass die Problematik alle Tierheime des Landkreises gleichermaßen betrifft. Sie weist darauf hin, dass sie sich persönlich dafür eingesetzt hatte, sodass für das Tierheim Zossen noch vor Weihnachten eine Spende bereitgestellt werden konnte.

Frau Landrätin Wehlan macht deutlich, dass es sich bei der Unterstützung von Tierheimen um eine freiwillige Leistung des Landkreises handelt. Angesichts des soeben beschlossenen Haushaltes weist sie darauf hin, dass freiwillige Leistungen von über 1 Mio. € noch nicht untersetzt sind. Sie fragt sich, in welcher Art und Weise sich die Fraktion Grüne und Freie Wähler die finanzielle Sicherstellung für den Betrieb des Tierheimes Zossen vorstellt.

Der Antrag zur Überweisung in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt sowie in den HFA wird mehrheitlich bei wenigen Nein-Stimmen und wenigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Antrag 4-1783/13-KT wird mehrheitlich bei wenigen Nein-Stimmen und wenigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Vorsitzende des Kreistages Herr Abg. Schulze übernimmt die Sitzungsleitung.

TOP 10.2

Antrag von Abgeordneten des Kreistages zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) 2015 - Teil Bedarfsplan Bundesfernstraßen - Aufnahme des Baues der westlichen Ortsumfahrung (OU) Trebbin im Zuge der B 246 in die Maßnahmeliste (4-1791/14-KT)

Herr Abg. Habermann begründet den Antrag und informiert, dass dieser im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung umfassend diskutiert und einstimmig befürwortet wurde.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag wendet sich mit einer Petition an den Petitionsausschuss des Landtags Brandenburg mit dem Inhalt, dass die Ortsumfahrung (OU) Trebbin im Zuge der B 246 auf die Anmelde-Liste des Landes Brandenburg für die Fortschreibung des BVWP 2015 aufzunehmen bzw. nachzumelden ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 2 Stimmenthaltungen

TOP 10.3

Antrag von Abgeordneten des Kreistages zum BER - aktiver Lärmschutz (4-1792/14-KT)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag bittet die Landrätin, von den Landesregierungen Berlin und Brandenburg und dem Bundesverkehrsministerium einschließlich aller zuständigen Ressorts die Durchsetzung folgender Maßnahmen für den aktiven Lärmschutz einzufordern.

1. Die beantragte und genehmigte Kapazität von 360.000 Flugbewegungen pro Jahr darf beim BER nicht überschritten werden.
2. Kein Nachtflug von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr
Das Umweltbundesamt hatte bereits in der Stellungnahme zu den Flugrouten von DFS und BAF diese Forderung nachdrücklich begründet, weil aufgrund der hohen Anzahl Betroffener im Flughafenumfeld eine erhebliche gesundheitliche Schädigung durch vielfältige Gutachten wissenschaftlich nachgewiesen wurde.
3. Kein unabhängiger zeitgleicher Parallelbetrieb
Das Beispiel Flughafen Frankfurt am Main zeigt, dass auch ohne zeitgleichen unabhängigen Parallelbetrieb die Anzahl von 360.000 Flugbewegungen abgewickelt werden kann.
4. Keine Doppelbelastung durch Überlappung der Anfluggrundlinie mit der Abfluggrundlinie.
Das Beispiel Raunheim (5 km westlich vom Flughafen Frankfurt am Main) zeigt, wie so etwas möglich ist.
5. Bei der Planung und Festsetzung von Flugrouten und Flugregimen ist - neben der sicheren und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs - vordringlich darauf zu achten, dass die Zahl der mit unzumutbarem Fluglärm Belasteten reduziert wird. Mit unzumutbarem Fluglärm belastete Menschen sind einem deutlich höheren Erkrankungsrisiko ausgesetzt, als Menschen, welche nur von störendem Fluglärm betroffen sind. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gilt als unzumutbar mit Lärm belastet, wer tagsüber (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr) einem Dauerlärmpegel von 55 Dezibel und nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) einem Dauerlärmpegel von 50 Dezibel ausgesetzt ist.

6. Keine einseitige Belastung
Durch Flugverfahren und Flugregime darf keine einseitige Belastung einzelner Bereiche zum Vorteil einer Entlastung anderer Bereiche entstehen. Wird eine SLB für Starts und eine SLB für Landungen vorgesehen, so ist wie in London-Heathrow ein halbtäglicher oder regelmäßiger Bahnwechsel vorzusehen.
7. Die Entwicklung lärmärmerer Start- und Landeverfahren ist im Rahmen von Forschungs- und Erprobungsprojekten anzustreben. Grundlage für alle vorgesehenen Flugverfahren sollten Lärmberechnungen bzw. Lärmausbreitungskarten für An- und Abflüge auf Grundlage der Abwägungskriterien des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MUGV) vom 4. November 2010 sein.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung

TOP 10.4

Antrag von Abgeordneten des Kreistages zur Heraufstufung der Osdorfer Straße zur Landesstraße (4-1793/14-KT)

Herr Abg. Habermann informiert, dass der Antrag umfassend mehrere Male im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung diskutiert und dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Seitdem hat sich jedoch eine neue Situation ergeben, die die Verwaltung erläutern wird.

Herr Gärtner, Beigeordneter und Dezernent IV, führt aus, dass es aufgrund eines Gespräches und eines Schreibens der Landrätin an Minister Vogelsänger nunmehr ein Signal vom Land gibt, der Gemeinde Großbeeren, wenn sie die Trägerschaft über die Straße übernimmt, den Ausbau der Straße zu fördern. Aus diesem Grunde sollte der Antrag – auch in Abstimmung mit dem Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren – noch zurückgestellt werden.

Herr Abg. Habermann beantragt, den Antrag zurückzustellen.

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, den Antrag nochmals in den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung zu überweisen, sodass er dem nächsten Kreistag eine Beschlussempfehlung unterbreiten kann.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 1 Stimmenthaltung, den Antrag 4-1793/14-KT in den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung zu überweisen.

TOP 11

Benennung der Mitglieder des Kreissenorenbeirates (4-1789/14-LR)

Frau Abg. Igel macht auf die Beschlusslage des Kreistages aufmerksam. Nach dieser kann jede Gemeinde einen Vertreter für den Kreissenorenbeirat benennen. Aus dem vorliegenden Beschlussvorschlag ergibt sich jedoch, dass Dahme, Jüterbog und Großbeeren nicht vertreten sind und andere Gemeinden zwei Vertreter benennen. Sie bittet darum, dass sich die Gemeinden Niedergörsdorf und die Stadt Trebbin auf eine Person einigen und heute die zwei Vertreter nicht zu benennen.

Herr Abg. Scheibe merkt an, dass 13 Mitglieder für den Kreissenorenbeirat laut Hauptsatzung benannt werden müssen. In Großbeeren gibt es keinen Seniorenbeirat. Um die Zahl 13 zu erreichen, wurde im Kreissenorenbeirat entschieden, aus den beiden

Gemeinden zwei Vertreter zu benennen. Er weist darauf hin, dass der Kreissenorenbeirat nur bis zum Ende dieser Wahlperiode in dieser Zusammensetzung bestehen wird. Nach den Kommunalwahlen werden neue Mitglieder durch den Kreistag benannt.

Frau Landrätin Wehlan bittet darum, die Mitglieder des Beirates heute bis zu den Kommunalwahlen zu benennen. Danach haben alle Gemeinden die Möglichkeit, ihre Vertreter in den Beirat zu entsenden. Geprüft werden soll dabei auch, ob dem Anliegen des Kreistagsbeschlusses, dass jede Gemeinde vertreten sein soll, im Amt Dahme Rechnung getragen wird.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag benennt folgende Mitglieder des Seniorenbeirates des Landkreises Teltow-Fläming (Kreissenorenbeirat) für die Dauer der laufenden Wahlperiode des Kreistags:

Horst Leder
Britta Büchner
Monika Krause
Helmut Scheibe
Marlis Heldner
Sigrid Müller
Rosemarie Müller
Roswitha Gadegast
Dr. Vera Paul
Wolf-Peter Weinandy
Fritz Peschka
Gerd Langner
Evelin Kierschk

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

TOP 12

Zukunft des Flughafenberatungszentrums

(4-1832/14-IV)

Herr Abg. Wolny bittet die Verwaltung darum, den Umzug schnellstens durchzuführen und eine Regelung zu finden, dass keine Kosten mehr vom Kreis zu tragen sind.

Der Kreistag beschließt:

1. Das Flughafenberatungszentrum zieht zum 1. März 2014 bis zur Bereitstellung einer geeigneten Immobilie in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow in das Haus „Dialog-Forum Flughafenregion - Bürgerberatungszentrum“ in die Mittelstr. 11 in Schönefeld (ehemalige Airportworld).
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich im Dialogforum Airport Berlin Brandenburg für die Schaffung eines dauerhaften Sitzes des „neuen Bürgerberatungszentrums“ in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow einzusetzen.
3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit den Mitgliedern des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg eine Rechtsform zum Betrieb des „neuen Bürgerberatungszentrums“ zu entwickeln, die dessen Funktion und Finanzierung dauerhaft sichert. Grundvoraussetzung für die Beteiligung des Landkreises an dem neu zu gründenden Bürgerberatungszentrum ist, dass dieses durch einen absolut unabhängigen Träger

geführt und verwaltet wird. Die Kreisverwaltung soll darauf hinwirken, dass für den Landkreis die Kosten für diese freiwillige Aufgabe künftig entfallen und von dritter Seite dauerhaft getragen werden (Verursacherprinzip).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einigen wenigen Stimmenthaltungen

TOP 13

Einbringung Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming im Jahr 2013 (4-1811/14-KT)

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass die Diskussion zum Bericht für die nächste Sitzung des Kreistages vorgesehen ist. Sie bittet die Abgeordneten, der Verwaltung bereits im Vorfeld zu signalisieren, zu welchen Problembereichen eine Debatte geführt werden soll.

TOP 14

Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2014 bis 2017 (4-1758/13-V/1)

Frau Abg. Igel merkt an, dass es in vielen Stellen im Plan Über- und Unterkapazitäten gibt, die zukünftig durch die Gemeinden passgerecht geregelt werden müssen.

Der Kreistag beschließt:

die Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2014 bis 2017.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

TOP 15

Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018 (4-1801/14-LR)

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag der SPD Fraktion auf den Tischen liegt.

Herr Abg. von der Heide begründet den Änderungsantrag der Fraktion SPD. Er macht darauf aufmerksam, dass die Zahlen, die der Planung zugrunde liegen, aus dem Jahr 2010 datieren. Seit dieser Zeit gibt es in einigen Bereichen deutliche Veränderungen. Der Plan stellt die These auf, dass sich das Angebot mit der Einwohnerzahl entwickelt. Dies trifft jedoch z.B. auf Luckenwalde nicht zu. Hier sinkt die Einwohnerzahl und der Bedarf ist steigend, z.B. bei den Pendlern aus dem Raum Berlin.

(Frau Abg. Böttcher verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Steinhausen stellt ebenso fest, dass ein Großteil der Zahlen aus dem Jahr 2010 stammt. Er fragt angesichts der Tatsache, dass die Analyse falsch ist, wie eine weitere Planung dann richtig sein kann. In den Ausschüssen wurde festgestellt, dass der Plan vom

Grundwesen an den Bedürfnissen der Bürger und an dem Bedarf, den die Kommunen haben, teilweise vorbeigeht. Auch die Pendlerbewegungen in allen Bereichen wurden nicht ausreichend betrachtet. Die CDU-Fraktion lehnt diesen Plan ab.

Herr Abg. Scharp weist darauf hin, dass die Planungsfirma mit den Zahlen von 2010 arbeiten musste, weil die aktuellen Planungszahlen noch nicht vorliegen. Es gibt die Zusicherung der Landrätin und der Planungsfirma, dass nach Vorliegen der aktuellen Zahlen, diese in den Plan eingearbeitet werden. Deshalb macht der Antrag der SPD Fraktion auch Sinn. In den Ausschüssen konnte festgestellt werden, dass der Plan das Machbare unter den gegebenen Umständen darstellt, ohne alle Wünsche erfüllen zu können. Die Fraktion DIE LINKE. kann deshalb dem Plan zustimmen.

Frau Landrätin Wehlan bittet, den Plan unter Berücksichtigung des vorliegenden Änderungsantrages, heute auf den Weg zu bringen da er Grundlage für die Ausschreibungen ist. Sie weist darauf hin, dass die fachliche Begleitung bei der Erarbeitung des Planes durch den Nahverkehrsbeirat erfolgt ist. Zukünftig sollte diese Diskussion gemeinsam mit dem Fachausschuss des Kreistages geführt werden. Bei der Planung gab es strenge Vorgaben, so u.a. keine Kostensteigerung, mehr Linien im Ballungsraum und keine Abkopplung des ländlichen Raumes. Sie schätzt ein, dass die Einhaltung dieser Vorgaben mit dem Nahverkehrsplan gelungen ist.

Herr Abg. Wolny fragt, ob der Plan bereits in allen Kommunen vorgestellt wurde und ob es Einsprüche gibt.

Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass diese Frage im Wirtschaftsausschuss beantwortet wurde.

Herr Trebschuh, Leiter des Amtes Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement, erhält Rederecht. Er erläutert, dass alle Gemeinden im Nahverkehrsbeirat vertreten sind. Hier ist der Plan mehrfach behandelt und begleitend erarbeitet worden. Des Weiteren wurden alle Kommunen nach Fertigstellung des Planes beteiligt.

Der Änderungsantrag der SPD Fraktion, den Beschlussvorschlag um den Absatz „Der Nahverkehrsplan wird jährlich vom zuständigen Ausschuss überprüft und bei Bedarf fortgeschrieben.“ zu ergänzen, **wird bei wenigen Nein-Stimmen und wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.**

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag beschließt den Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018.
2. „Der Nahverkehrsplan wird jährlich vom zuständigen Ausschuss überprüft und bei Bedarf fortgeschrieben.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen wenigen Nein-Stimmen und einigen wenigen Stimmenthaltungen

TOP 16

Jahresabschluss 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming (4-1680/13-III)

Der Kreistag beschließt:

den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 23.04.2013 versehenen Jahresabschluss des Rettungsdienstes Eigenbetrieb des Landkreises zum 31.12.2012 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.230.975 € und einem Jahresgewinn von 61.227,55 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Kreistag beschließt:

Dem Landrat wird für das Wirtschaftsjahr 2012 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen

Der Kreistag beschließt:

Der Jahresgewinn soll in Höhe von 61.227,55 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

TOP 17

Vergabeberichte 2012/2013

(4-1839/14-IV)

Frau Abg. Igel verweist auf den Abschnitt „Zusammenfassung“, in dem ausgeführt ist, dass der Zuschlag für die größeren Bauunternehmen oder Leistungen vorwiegend an Unternehmen mit Sitz in anderen Orten Brandenburgs erteilt wurden. Im Satz danach wird erläutert, dass es sich um knapp 50 % bzw. 43,3 % des Auftragsvolumens handelt. Deshalb erfolgte der Zuschlag nicht „vorwiegend“.

Herr Gärtner bittet, die grafische Aufstellung auf der Seite 15 zum Jahr 2013 zu betrachten. Hier geht eindeutig hervor, dass der größte Anteil der Vergaben nach Auftragsvolumen in andere Orte Brandenburgs gegangen ist und nur leider 36,2 % im Landkreis verblieben sind. Frau Landrätin Wehlan weist darauf hin, dass es sich hier um ein positives Ergebnis handelt. Deshalb bittet sie, dieses Ergebnis nicht kleinzureden, sondern in den Diskussionen in der Öffentlichkeit zu verwenden.

Herr Abg. Barthel führt an, dass in der SPD Fraktion festgestellt wurde, dass sich die Qualität des Vergabeberichtes deutlich verbessert hat. Er bittet darum, dass sich der Wirtschaftsausschuss nochmals intensiv mit dem Vergabebericht beschäftigt. Betrachtet werden sollte dabei insbesondere, welche Hürden es gibt, die einem größeren Anteil von Beteiligungen der Unternehmen aus dem Landkreis bei Vergaben entgegenstehen.

Frau Landrätin Wehlan unterstützt das Anliegen. Sie merkt an, dass der Vergabeausschuss der Kreisausschuss ist, der letztendlich gute Entscheidungen getroffen hat.

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 18

Entgeltfreies Übernahmeangebot des Ministeriums der Finanzen zu den Gewässerflächen Mellensee, Krummer See und Motzener See an den Landkreis und den betroffenen Gemeinden (4-1830/14-III)

Herr Abg. Hohlfeld fragt, ob nach dem Konnexitätsprinzip auch Mittel an die Gemeinden gegeben werden oder ob die Gemeinden Eigentümer werden und alle Kosten selbst zu tragen haben.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass das Übernahmeangebot zu den Gewässerflächen, welches dem Landkreis und den Gemeinden gemacht wurde, durch die Kommunen angenommen wurde. Die Übertragung der Seen erfolgt unentgeltlich mit der Maßgabe, dass es Eigentümerpflichten für die Bewirtschaftung der Seen gibt.

Der Kreistag nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

(Frau Abg. Rocher verlässt die Sitzung,)

TOP 19

Information über drei KT-Beschlüsse zur Baumaßnahme "Touristischer Verbindungsweg Zesch am See - Egsdorf" (4-1802/14-IV)

Der Kreistag nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 20

Satzung des Jugendamtes (4-1742/13-V/1)

Frau Abg. Igel, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, informiert, dass der Ausschuss zur Satzung einstimmig Änderungsempfehlungen beschlossen hat. Sie weist darauf hin, dass zukünftig mindestens ein Jugendlicher, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss sein wird.

Folgende Änderungen zur Satzung werden vorgeschlagen:

1. Im § 2 Abs. 2 soll das Wort „der“ eingefügt werden. Der Satz soll heißen: „In Geschäften der laufenden Verwaltung handelt das Jugendamt im Rahmen der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Kreistages.“
2. Im § 4 Abs. 4 ist der letzte Halbsatz in der Klammer „..., die in der Jugendhilfe erfahren sind.“ zu streichen. § 4 Abs. 4 soll heißen:
„Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziff. 1 Achstes Buch Sozialgesetzbuch (Mitglieder der Vertretungskörperschaft oder von ihr gewählter, in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer sowie Jugendliche, die zum Zeitpunkt der Wahl das 14. Lebensjahr vollendet haben) beträgt 9 und die Zahl der Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziff. 2 Achstes Buch Sozialgesetzbuch, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten freien Trägern vorgeschlagen sind, beträgt 6.“
3. Im § 9 ist der Abs. 1 „Die Satzung tritt ab 01.01.2014 in Kraft“ zu streichen.
Abs. 1 soll wie folgt heißen: „Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.“

Der Kreistag bestätigt einstimmig die Änderungsempfehlungen.

Der Kreistag beschließt:

die Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 21

Information zum aktuellen Stand des Klageverfahrens gegen das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, wegen der Rückforderung einer Zuweisung nach § 15 Satz 2 BbgFAG vom 29.06.2004 i.V.m. SoBEZ vom 30.05.2005 in der Fassung vom 18. Mai 2007 (4-1812/14-II)

Frau Abg. Andrae fragt, ob es im aktuellen Haushalt Rückstellungen für den Rückforderungsanspruch des Ministeriums der Finanzen gibt. Des Weiteren möchte sie wissen, ob eine Autorisierung durch den Kreistag zur Führung möglicher Vergleichsverhandlungen notwendig ist.

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass gegenwärtig keine Rückstellungen vorgenommen wurden. Zur zweiten Frage führt sie aus, dass dies abhängig ist, in welcher Art und Weise der Landkreis Verhandlungsangebote des Landes zur Kenntnis nehmen kann. Gegenwärtig laufen noch Gespräche mit dem Finanzministerium.

Der Kreistag nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 22

Finanzielle Mittel für die Fraktionen im Jahr 2014 (4-1763/13-KT)

Der Kreistag beschließt:

1. Für die Arbeit der Fraktionen im 1. Halbjahr 2014 werden Mittel aus dem Kreishaushalt in folgender Höhe bereitgestellt:

SPD Fraktion	1.350,00 €
Fraktion DIE LINKE.	1.200,00 €
CDU-Kreistagsfraktion TF	721,45 €
Fraktion FDP/BV	661,66 €
Fraktion Grüne und Freie Wähler	532,85 €
Fraktion VF	400,00 €

2. Die Fraktionen legen der Hauptverwaltungsbeamtin bis zum 25. Mai 2014 einen Nachweis zur zweckentsprechenden Mittelverwendung gemäß Runderlass Nr. 03/2013 des Ministeriums des Innern vom 4.12.2013 vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 2 Stimmenthaltungen

(Herr Abg. Dr. von der Bank verlässt die Sitzung.)

**Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.
Nichtöffentlicher Teil**

Luckenwalde, den 11. März 2014

Christoph Schulze
Vorsitzender des Kreistages

Maritta Böttcher
stellv. Vorsitzende des Kreistages